

Programm der Aktionstage

- ☒ **Mittwoch, 5. Dezember:** Veranstaltung zum Grundrechteabbau in Europa, 19 h, Humboldt-Universität: Veranstalter: Attac Berlin und Republikanischer Anwaltsverein
- ☒ **Samstag, 8. Dezember:** internationaler Aktionstag für Mumia Abu-Jamal, 12 h Breidscheidtplatz
- ☒ **Sonntag, 9. Dezember:** 18h, Solidaritätsparty im Muvuca „Stop Schily“, Mehringhof, Gneisenastr.2a
- ☒ **Montag, 10. Dezember:** Internationaler Tag der Menschenrechte
11 – 13 h: Mahnwache vor dem Innensenat gegen die weitere Inhaftierung von Minderjährigen in der Abschiebehafte
14 h: Kundgebung „Kein rassistisches Zuwanderungsgesetz, keine Sicherheitsgesetze“ vor dem Bundesinnenministerium, U Turmstraße, Alt-Moabit 101 d
- ☒ **Montag, 10. 12. - Samstag, 15.12.:** internationale Aktionswoche gegen die Privatisierung der Bildung: Schüleraktionen täglich 9.30 h (tel 39 73 21 01), Aktionen an den Universitäten (Tel 0179-5328565, www.attac-hu-berlin.de, www.attac-netzwerk.de/attac-fu)
- ☒ **Dienstag, 11. Dezember:** Veranstaltung gegen den Krieg, mit Gregor Gysi (PDS), Annelie Buntenbach (Grüne), Christa Lörcher (SPD-Kriegsgegnerin), Mariam Notten (Afghanischer Kulturverein), Detlef Hensche (ver.di), 19 Uhr, Humboldt-Universität Audimax, organisiert von Attac AG gegen den Krieg
- ☒ **Mittwoch, 12. Dezember:** Kundgebung „Stoppt den Kürzungswahn Bildungsbereich“, GEW Berlin und Aktionsbündnis „Zukunft für Bildung“, 17h, Rotes Rathaus
- ☒ **Freitag, 14. Dezember:** Solidaritätsparty, 21 h, im Muvuca, Mehringhof
- ☒ **Samstag, 15. Dezember:** Demonstration gegen Krieg und Sozialabbau, 13h, Alexanderplatz (Weltzeituhr), Redner: Gysi, Buntenbach...
- ☒ **Sonntag, 16. Dezember:** Protest gegen das „Bündnis für Arbeit“, 16h, vor dem Bundeskanzleramt, organisiert von der Initiative

Grossdemonstrationen gegen den EU-Gipfel in Brüssel

am 13./14. Dezember: Über 100.000 GewerkschafterInnen, Erwerbslose, KriegsgegnerInnen und GlobalisierungskritikerInnen werden erwartet. **Mitfahrmöglichkeiten:**

Attac Berlin Tel 030/6946101, www.attacberlin.de,
SchülerInnen gegen den Krieg: Tel 030/24723790

„Raus aus dem Bündnis für Arbeit“ (globalisierung-brd@web.de)

Gegen Krieg & Sozialabbau

5. – 15. Dezember in Berlin

gemeinsam mit dem Protest gegen den EU-Gipfel in Brüssel

Protestkundgebung vor dem Bundesinnenministerium

Montag: 10.12., 14h, Alt-Moabit 101b, U-Bhf Turmstr.

Kein rassistisches Zuwanderungsgesetz, keine Sicherheitsgesetze

Demonstration gegen Krieg & Sozialabbau

am Samstag, 15.12. um 13:00 Uhr am Alex

Kein Einsatz der Bundeswehr!

Nein zum Krieg!

Keine Sondergesetze gegen Flüchtlinge & MigrantInnen!

Stoppt die „Anti-Terror-Gesetze“!

Für eine soziale Welt – kein Geld für Bomben!



Antikriegsdemonstrationen von Arbeitern und Angestellten in Japan und Studentinnen in Indonesien

Unterstützerinnen und Unterstützer u.a.: Attac AG gegen den Krieg, FU-Attac Hochschulgruppe, HU-Attac Hochschulgruppe, Delegiertenversammlung der IG Metall Berlin, Brandenburger Flüchtlingsinitiative, Euromarsch, Schülerinnen gegen den Krieg, Lisa, Kein Mensch ist illegal - Berlin, DL, Deutscher Friedensrat e.V., Yek-Kom, Mala Kurda, Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin, DIDF, AGIF, Antikriegskomitee der FU, Antifaschistische Aktion 3, Gruppe „Neue Einheit“, Uni-Kraut, AK Internationalismus der IG Metall, GAM, si/sl, SAV, isl, Linksruck, PDS Schöneberg, Infopartisan, TU-Antikriegskomitee, Initiative „Raus aus dem Bündnis für Arbeit“, Koordinierungskreis der „Gewerkschaftslinken“ Berlin

Einzelpersonen u.a.: Gregor Gysi, Ulla Jelpke, Carsten Hübner, Heidi Lippmann, Sabine Jünger, Winfried Wolf, Annelie Buntenbach (alle MdB)

Kontakt: Aktionsforum Berlin 0160-851 84 64, Attac AG gegen Krieg 0177-692 0006, Deutscher Friedensrat e.V. Tel 030/ 43 67 16 21, Linksruck Tel 030/ 63225610,

V.S.d.P.: S. Kimpel, 10247 Berlin

Die Bombardements der US-geführten „Antiterror-Allianz“ haben in Afghanistan zu einem großen Blutbad geführt. Als „Kollateralschäden“ haben Tausende von Zivilisten, Frauen und Kinder, ihr Leben verloren. Lebensmittellager und ganze Dörfer wurden vernichtet. Millionen von Menschen sind auf der Flucht vor Kriegs-Terror und Hunger. Dieser Krieg ist völkerrechtswidrig und wird mit international geächteten Streubomben und geführt. Es gab blutige Massaker, wo Hunderte von Gefangenen durch stundenlange Bombardements und durch Bodentruppen der Nordallianz niedergemetzelt wurden.

Auch wenn die Bombenstrategie und die Interventionen westlicher Truppen als erfolgreich und humanitär verkauft werden, ist unübersehbar, dass die Bombardements die humanitäre Katastrophe vergrößert haben. Der Einmarsch der Nordallianz ging einher mit Menschenrechtsverletzungen und Vergewaltigungen.

Dieser Krieg hat die Gräben in der Welt vertieft. US-Präsident Bush hat den Krieg in Afghanistan als Anfang im Kampf gegen den Terrorismus bezeichnet und Drohungen gegen den Irak, gegen den Sudan und Somalia ausgesprochen.

Schröder und Fischer haben mit der gewonnenen Vertrauensfrage eine historische Zäsur eingeleitet. Mit dem Bundestagsvotum für Auslandseinsätze der Bundeswehr ist Deutschland Kriegspartei und der Beschluss droht zum Blankoscheck für Kriegseinsätze der Bundeswehr auf einem Großteil des Erdballs zu werden. Wir sagen nein zu dieser Politik!

Dem Krieg nach außen folgen Angriffe nach innen. Obwohl in der BRD große Mehrheiten gegen diesen Krieg sind, hat die Regierung kein Problem Milliarden für Krieg oder Überwachungssysteme aus dem laufenden Haushalt und durch Steuererhöhungen bereit zu stellen. Gleichzeitig verfolgt sie eine Politik der Sozialkürzungen. Die Unternehmer nutzen die Situation für Massenentlassungen aus. Wir alle sind betroffen von Stellenstreichungen, der Privatisierung der Bildung oder die Schließung von Krankenhäuser.

Die sogenannten „Anti-Terrorgesetze“ sind dazu geeignet, jede Form von Protest zu behindern und zu kriminalisieren. Innenminister Schily benutzt die Geschehnisse in der Welt um unter dem Deckmantel der „Terrorbekämpfung“ elementare Grundrechte aufzuheben. MigrantInnen und Flüchtlinge werden kriminalisiert, ihre Rechte werden massiv beschnitten.

In Brüssel, wo zeitgleich zu den Aktionstagen in Berlin der nächste EU-Gipfel stattfindet, spielt die Bundesregierung eine treibende Rolle. Dort sollen unter dem Vorzeichen der neoliberalen Globalisierung die Militarisierung der EU durch eine EU-Armee und die Einschränkung demokratischer Rechte europaweit vorangetrieben werden. Die „EU- Harmonisierung“ bedeutet den Ausbau von Niedriglohnsektoren, Arbeitszwängen für Erwerbslose, den beschleunigten Abbau von Sozialstandards und die Abschottung gegen unliebsame AusländerInnen. Tür und Tor werden geöffnet für eine noch dramatischere Privatisierung von Bildung und sozialen Sicherungssystemen.

Zu dieser Politik sagen wir laut und deutlich: Nein! Die Antikriegsbewegung steht erst am Anfang. Weltweit regt sich der Protest. In Rom haben 130.000, in London 100.000 Menschen gegen den Krieg demonstriert. In Berlin gab es seit der ersten Antikriegsdemonstration mit 5000 Schülern zahlreiche Proteste. Am 13. Oktober gingen 50 000 auf die Straße.

Gegen die Kürzungspläne des neuen Berliner Senats und gegen die Politik der Bundesregierung ist Opposition von unten notwendig. Mit Demonstrationen, Veranstaltungen, Aktionen, Straßentheater, und was immer uns geeignet erscheint, wollen wir zeigen, dass Ideen für eine bessere Welt nicht in den Chefetagen entstehen, sondern auf der Straße.

In diesem Sinne: Kommt auf die Straße! Macht lauten Protest gegen Krieg und Sozialabbau!

Deshalb fordern wir alle KriegsgegnerInnen, Schüler- und StudentInnen, GewerkschafterInnen und Erwerbslose, MigrantInnen und Flüchtlinge sowie KritikerInnen der neoliberalen Globalisierung auf, mit uns gemeinsam zwischen dem 5. und 15.12. in Berlin auf die Straße zu gehen. Wir fordern:

- **Kein Einsatz der Bundeswehr!**
- **Nein zum Krieg!**
- **Keine Sondergesetze gegen Flüchtlinge und MigrantInnen!**
- **Stoppt die „Anti-Terror-Gesetze“!**
- **Für eine soziale Welt – kein Geld für Bomben!**

Kommt zahlreich und spendet: Deutschen Friedensrat e.V., "Kennwort 15.12.", Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Konto 43 857 671 00
(Spendenquittungen werden ausgestellt)

Kontakt: aktionsforum_berlin@web.de